

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 2. März 1983
zur Änderung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge**

A. Zielsetzung

Das am 2. März 1983 in Oslo beschlossene und am gleichen Tage unterzeichnete Protokoll ergänzt das Internationale Übereinkommen von 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge („Oslo-Übereinkommen“), das für die Bundesrepublik Deutschland am 23. Dezember 1977 in Kraft getreten ist (BGBl. II S. 165, 1492).

Das Übereinkommen von 1972 enthält keine Regelungen über die Verbrennung von Abfällen und sonstigen Stoffen auf See. Die nach dem Übereinkommen eingesetzte Oslo-Kommission hat auf ihrer 7. Sitzung vom 10. bis 12. Juni 1981 beschlossen, auch diese Materie in dem Übereinkommen zu regeln. Mit dem Protokoll von 1983, das das Übereinkommen entsprechend ändert, sowie der dem Protokoll beigefügten neuen Anlage IV zu dem Übereinkommen ist dies geschehen.

Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation des Protokolls zu schaffen und damit zu seinem internationalen Inkrafttreten beizutragen. So können zunächst alle Vertragsstaaten verpflichtet werden, die Verbrennungsregeln des Protokolls, die in der Bundesrepublik Deutschland bereits praktiziert werden, ebenfalls einzuhalten. Gemäß dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 4. Oktober 1984 ist darüber hinaus die Beendigung der Verbrennung auf See vorgesehen, sobald die Aufarbeitung oder Vernichtung der Abfallstoffe an Land möglich ist.

Fristablauf: 05. 07. 85

B. Lösung

Da sich das Protokoll auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, bedarf seine Ratifikation der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Der Entwurf sieht vor, daß dem Protokoll zugestimmt wird. Das Protokoll ist unter Mitwirkung der Bundesregierung zustande gekommen. Das Zustimmungsgesetz zu dem Protokoll vervollständigt die nach deutschem Recht bereits bestehenden Vorschriften über die Verbrennung von Abfällen und sonstigen Stoffen auf See.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

24. 05. 85

VP – In

-3-

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 2. März 1983
zur Änderung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (331) – 235 31 – Me 8/85

Bonn, den 24. Mai 1985

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 2. März 1983 zur Ände-
rung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Protokolls in englischer und französischer Sprache mit
deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

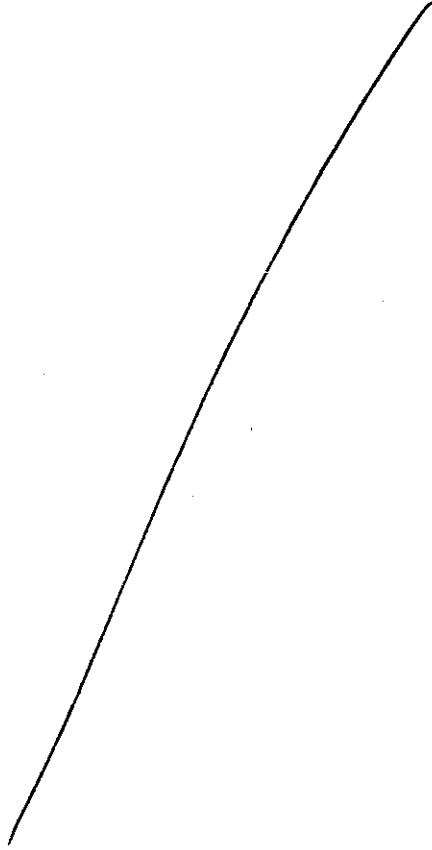
Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Kohl

Fristablauf: 05. 07. 85

-4-

257/85



**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 2. März 1983
zur Änderung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Oslo am 2. März 1983 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom selben Tage zur Änderung des Übereinkommens vom 15. Februar 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (BGBl. 1977 II S. 165) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel VIII für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Gesetz enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Protokoll nach seinem Artikel VIII für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet, da die beim Erlaubnisverfahren anfallenden Kosten gemäß Artikel 6 Abs. 4 des Zustimmungsgesetzes zu dem Übereinkommen vom Antragsteller zu tragen sind.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, treten nicht ein. Die mit dem Protokoll einzuführenden Änderungen des Übereinkommens regeln das Verfahren zur Erteilung einer Erlaubnis für die Verbrennung von Abfällen auf See. Die insoweit maßgeblichen Grundsätze wurden bereits im Rahmen des bisherigen Erlaubnisverfahrens nach Artikel 5 des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes zu dem Übereinkommen angewandt.

Soweit darüber hinausgehende nationale Regelungen zur Prüfung, Zulassung und Wiederholungsprüfung der Verbrennungsanlage erforderlich werden, können diese durch Rechtsverordnung erlassen werden.

**Protokoll
zur Änderung des Übereinkommens
zur Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge**

**Protocol
Amending the Convention
for the Prevention of Marine Pollution by Dumping
from Ships and Aircraft**

**Protocole
portant amendement de la Convention
pour la Prévention de la Pollution Marine par les Opérations
d'Immersion Effectuées par les Navires et Aéronefs**

(Übersetzung)

The States Parties to the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft, done at Oslo on 15 February 1972 (hereinafter referred to as "the Convention");

Les Etats Parties à la Convention pour la Prévention de la Pollution Marine par les Opérations d'Immersion Effectuées par les Navires et Aéronefs, signée à Oslo le 15 février 1972 (ci-après désignée comme «la Convention»);

Die Vertragsstaaten des am 15. Februar 1972 in Oslo beschlossenen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) –

recalling Article 1 of the Convention, in which Contracting Parties pledge themselves to take all possible steps to prevent the pollution of the sea by substances that are liable to create hazards to human health, to harm living resources and marine life, to damage amenities or to interfere with other legitimate uses of the sea;

rappelant l'Article Premier de la Convention, par lequel les Parties Contractantes s'engagent à prendre toutes les mesures possibles pour lutter contre la pollution des mers par des substances susceptibles de mettre en danger la santé de l'homme, de nuire aux ressources biologiques, à la faune et à la flore marines, de porter atteinte aux agréments ou de gêner toutes autres utilisations légitimes de la mer;

Eingedenk des Artikels 1 des Übereinkommens, in dem sich die Vertragsparteien verpflichten, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Meeresverschmutzung durch Stoffe zu verhüten, welche die menschliche Gesundheit gefährden, die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen, die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigen oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern könnten;

désireux d'établir, dans le cadre de la Convention, des règles contraignantes sur l'incinération en mer reflétant les caractéristiques propres à la région concernée et,

being desirous of establishing, within the framework of the Convention, binding rules on incineration at sea reflecting the special characteristics of the region concerned, and noting

in dem Wunsch, im Rahmen des Übereinkommens verbindliche Regeln über die Verbrennung auf See festzulegen, in denen die besonderen Merkmale der betreffenden Region zum Ausdruck kommen; und

constatant que le texte actuel de la Convention ne fournit pas une base appropriée à l'établissement de telles règles;

that the present text of the Convention does not provide an adequate basis for the establishment of such rules;

in Anbetracht dessen, daß der gegenwärtige Wortlaut des Übereinkommens keine geeignete Grundlage für die Festlegung solcher Regeln bietet;

resolving that the Convention should be amended for this purpose;

résolus à amender la Convention à cet effet;

in dem Entschluß, das Übereinkommen zu diesem Zweck zu ändern –

have agreed as follows:

sont convenus des dispositions suivantes:

sind wie folgt übereingekommen:

Article I

Article 19 of the Convention shall be amended to read as follows:

“For the purpose of this Convention:

Article I

L'Article 19 de la Convention est amendé pour se lire:

„Aux fins de la présente Convention:

Artikel I

Artikel 19 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

„Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1) "Dumping" means any deliberate disposal into the sea, including through the medium of incineration at sea, of substances and materials by or from ships or aircraft other than:

a) any discharge or incineration incidental to or derived from the normal operation of ships and aircraft and their equipment;

b) the placing of substances and materials for a purpose other than the mere disposal thereof, if not contrary to the aim of this Convention.

2) "Incineration" means any deliberate combustion of substances and materials at sea for the purpose of their thermal destruction.

3) "Ships and aircraft" means sea-going vessels and airborne craft of any type whatsoever. This expression includes air-cushion craft, floating craft whether self-propelled or not, and fixed or floating platforms."

Article II

The following paragraph shall be added to Article 8 of the Convention:

"(3) The provisions of Article 5, 6 and 7 shall not apply to the disposal of substances and materials by means of incineration at sea. The incineration at sea of substances and materials other than those listed in Rule 2 paragraph 4 of Annex IV to this Convention is prohibited. No substances and materials shall be incinerated without a specific permit in each case from the appropriate national authority or authorities. When such permits are issued, the relevant provisions of Annex III and the provisions of Annex IV to this Convention shall be applied."

Article III

Article 22 of this Convention shall be amended to read as follows:

"This Convention, as amended by the Protocol opened for signature on 2 March 1983, shall be open for accession by any State referred to in Article 20. The Contracting Parties may unanimously invite other States to accede to the Convention as amended. The instruments of accession shall be deposited with the Government of Norway."

Article IV

Annex IV, the text of which is set out in the Appendix to this Protocol, shall be added to the Convention.

1) «Immersion» signifie tout déversement délibéré dans la mer y compris par le moyen d'une incinération en mer de substances et de matériaux au moyen ou à partir de navires et aéronefs, autres que:

a) tout rejet ou incinération qui résulte accessoirement ou qui est la suite de la marche normale des navires et aéronefs ou de leurs appareillages;

b) le dépôt de substances et de matériaux à des fins autres que leur seule élimination pourvu qu'il ne soit pas incompatible avec l'objet de la présente Convention.

2) «Incinération» signifie toute combustion délibérée en mer de substances et de matériaux aux fins de leur destruction thermique.

3) «Navires et aéronefs» signifie bâtiments de mer et engins volants de quelque type que ce soit. Cette expression recouvre également les engins sur coussin d'air, les engins flottants – qu'ils soient auto-propulsés ou non – et les plates-formes fixes ou flottantes.»

Article II

Le paragraphe suivant est ajouté à l'Article 8 de la Convention:

«(3) Les dispositions prévues aux articles 5, 6 et 7 ne s'appliquent pas au déversement de substances et matériaux par le moyen de l'incinération en mer. L'incinération en mer de substances et de matériaux autres que ceux énumérés à la Règle 2 paragraphe 4 de l'Annexe IV à la présente Convention est interdite. Aucune substance ou matériau ne sera incinéré en mer sans un permis spécifique délivré dans chaque cas par l'autorité ou les autorités nationales compétentes. Lors de la délivrance de ces permis, les dispositions pertinentes de l'Annexe III et les dispositions de l'Annexe IV de la présente Convention seront appliquées.»

Article III

L'Article 22 de la Convention est amendé pour se lire:

«La présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature le 2 mars 1983 sera ouverte à l'adhésion de tout Etat visé à l'Article 20. Les Parties Contractantes pourront à l'unanimité inviter d'autres Etats à adhérer à la Convention telle qu'amendée. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de Norvège.»

Article IV

Il est ajouté à la Convention une Annexe IV dont le texte figure en annexe au présent Protocole.

(1) Der Ausdruck „Einbringen“ (dumping) bezeichnet jede vorsätzliche Beseitigung – einschließlich durch Verbrennung auf See – von Stoffen und Gegenständen ins Meer durch Schiffe oder Luftfahrzeuge oder aus denselben, mit Ausnahme

a) jedes Einleitens oder jeder Verbrennung, die mit dem normalen Betrieb der Schiffe und Luftfahrzeuge oder ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren;

b) des Absetzens von Stoffen und Gegenständen zu einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung, sofern dies nicht dem Ziel dieses Übereinkommens widerspricht.

(2) Der Ausdruck „Verbrennung“ bezeichnet das vorsätzliche Verbrennen von Stoffen und Gegenständen auf See zum Zweck ihrer thermischen Vernichtung.

(3) Der Ausdruck „Schiffe und Luftfahrzeuge“ bezeichnet seegehende Wasserfahrzeuge sowie Fluggerät jeder Art. Er umfaßt Luftkissenfahrzeuge, schwimmendes Gerät mit oder ohne eigenen Antrieb und feste oder schwimmende Plattformen."

Artikel II

Artikel 8 des Übereinkommens wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Artikel 5, 6 und 7 finden keine Anwendung auf die Beseitigung von Stoffen und Gegenständen durch Verbrennung auf See. Die Verbrennung auf See von anderen als den in Regel 2 Absatz 4 der Anlage IV dieses Übereinkommens aufgeführten Stoffen und Gegenständen ist verboten. Die Stoffe und Gegenstände dürfen nur mit einer für jeden Einzelfall auszustellenden Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Behörde oder Behörden verbrannt werden. Bei Erteilung der Erlaubnisse finden die einschlägigen Bestimmungen der Anlage III und die Anlage IV des Übereinkommens Anwendung.“

Artikel III

Artikel 22 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

„Dieses Übereinkommen in der Fassung des am 2. März 1983 zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls liegt für jeden in Artikel 20 bezeichneten Staat zum Beitritt auf. Die Vertragsparteien können andere Staaten einstimmig zum Beitritt zu dem geänderten Übereinkommen einladen. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.“

Artikel IV

Dem Übereinkommen wird eine Anlage IV angefügt, deren Wortlaut im Anhang zu diesem Protokoll wiedergegeben ist.

Article V

This Protocol shall be open for signature at Oslo from 2 March 1983 until 2 June 1983 by the States which are Parties to the Convention on the date of the opening for signature of this Protocol.

Article V

Le présent Protocole sera ouvert à Oslo du 2 mars 1983 au 2 juin 1983 à la signature des Etats qui sont Parties à la Convention à la date d'ouverture à la signature du présent Protocole.

Artikel V

Dieses Protokoll liegt für die Staaten, die zu dem Zeitpunkt, in dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird, Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom 2. März 1983 bis zum 2. Juni 1983 in Oslo zur Unterzeichnung auf.

Article VI

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of Norway.

Article VI

Le présent Protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, acceptation ou approbation seront déposés auprès du Gouvernement de Norvège.

Artikel VI

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungs-urkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Article VII

This Protocol shall be open for accession by any State referred to in Article 22 of the Convention which has not signed this Protocol. The instruments of accession shall be deposited with the Government of Norway.

Article VII

Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion de tout Etat visé à l'Article 22 de la Convention qui n'aura pas signé le Protocole. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de Norvège.

Artikel VII

Dieses Protokoll liegt für jeden in Artikel 22 des Übereinkommens bezeichneten Staat, der das Protokoll nicht unterzeichnet hat, zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Article VIII

1) This Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date on which all States referred to in Article V of this Protocol shall have deposited their instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article VIII

1) Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle tous les Etats visés à l'Article V du présent Protocole auront déposé leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Artikel VIII

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem alle in Artikel V des Protokolls bezeichneten Staaten ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

2) For any State acceding to this Protocol after its entry into force, this Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date on which that State shall have deposited its instrument of accession.

2) Pour tout Etat qui adhèrera au présent Protocole après son entrée en vigueur, le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant la date à laquelle cet Etat aura déposé son instrument d'adhésion.

(2) Für jeden Staat, der diesem Protokoll nach seinem Inkrafttreten beitrifft, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem der betreffende Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

Article IX

The depositary Government shall inform the Contracting Parties of the Convention of signatures of this Protocol and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, in accordance with Articles V, VI and VII.

Article IX

Le Gouvernement dépositaire avisera les Parties Contractantes à la Convention des signatures du présent Protocole, du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion conformément aux Articles V, VI et VII.

Artikel IX

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien des Übereinkommens von jeder Unterzeichnung dieses Protokolls und jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach den Artikeln V, VI und VII.

Article X

The original of this Protocol, of which the English and French texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of Norway, which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties to the Convention. It shall transmit a certified copy to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article X

L'original du présent Protocole, dont les textes anglais et français font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de Norvège qui en adressera des copies certifiées conformes aux Parties Contractantes à la Convention. Il en remettra une copie certifiée conforme au Secrétaire Général des Nations Unies pour enregistrement et publication, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel X

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung von Norwegen hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien des Übereinkommens beglaubigte Abschriften. Sie übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Protocol.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement respectif, ont signé le présent Protocole.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Done at Oslo, this second day of March 1983.

Fait à Oslo, le deux mars 1983.

Geschehen zu Oslo am 2. März 1983.

Annex IV
Rules of Incineration at Sea

Rule 1
Definitions

For the purposes of this Annex:

1) "Marine incineration facility" means a ship, as defined in Article 19 of the Convention, operating for the purpose of incineration at sea.

2) "Incineration system" means the equipment comprising the incinerator and its systems for the feed of wastes, fuel and air, the appliances and devices for the control of the incineration operation and for the recording and monitoring of the conditions of incineration.

3) "Incinerator" means the furnace in which the thermal destruction of the wastes takes place.

Rule 2
Application

1) The Contracting Parties shall not permit the incineration of substances and materials for which practical alternative land-based methods of treatment, disposal or elimination are available.

2) The current practice of incineration at sea shall be regarded as an interim method of waste disposal. The Contracting Parties shall promote the further development of alternative land-based methods of treatment, disposal or elimination.

3) The Commission shall meet before 1 January 1990 to establish a final date for the termination of incineration at sea.

4) Only the following substances and materials may be the subject of an incineration permit:

- a) organohalogen compounds;
- b) pesticides and their by-products other than organohalogen compounds;
- c) substances and materials not listed in Annexes I and II which may be incinerated without damage to the marine environment;
- d) waste containing the substances and materials mentioned above, provided that these substances and materials have not been added to the waste for the purpose of this waste being incinerated, and provided that the waste does not contain substances listed in

Annexe IV
Règles sur l'incinération en mer

Règle 1
Définitions

Aux fins de la présente Annexe:

1) L'expression «installation d'incinération en mer» signifie un navire, tel que défini à l'Article 19 de la Convention, destiné à effectuer des opérations d'incinération en mer.

2) L'expression «système d'incinération» signifie l'ensemble constitué par l'incinérateur et ses systèmes d'alimentation en déchets, en combustibles et en air et les appareils et dispositifs pour le contrôle des opérations d'incinération servant à enregistrer et surveiller en continu les conditions de l'incinération.

3) L'expression «incinérateur» signifie la chambre de combustion au sein de laquelle se produit la destruction thermique des déchets.

Règle 2
Champ d'application

1) Les Parties Contractantes ne doivent pas autoriser l'incinération de substances et de matériaux pour lesquels il existe des alternatives pratiques de traitement et d'élimination à terre.

2) La pratique actuelle de l'incinération en mer doit être considérée comme une solution provisoire au problème de l'élimination des déchets. Les Parties Contractantes doivent encourager le développement de méthodes alternatives de traitement et d'élimination à terre.

3) La Commission se réunira avant le premier janvier 1990 dans le but de déterminer une date limite pour mettre fin à l'incinération en mer.

4) Ne peuvent faire l'objet d'un permis d'incinération que les substances et matériaux suivants:

- a) les composés organohalogènes;
- b) les pesticides et leurs sous-produits autres que les composés organohalogènes;
- c) les substances et matériaux ne figurant pas aux Annexes I et II susceptibles d'être incinérés en mer sans effet nocif pour l'environnement marin;
- d) les déchets contenant les substances et matériaux mentionnés ci-dessus, à condition que ces substances et matériaux n'aient pas été ajoutés aux fins d'assurer l'incinération de ces déchets, et à condition que les déchets ne contiennent pas les sub-

ANLAGE IV
Regeln über die Verbrennung auf See

Regel I
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

(1) Der Ausdruck „See-Verbrennungsanlage“ bezeichnet ein Schiff im Sinne des Artikels 19 des Übereinkommens, das zur Verbrennung auf See betrieben wird.

(2) Der Ausdruck „Verbrennungssystem“ bezeichnet die Einrichtung, die aus dem Verbrennungs-ofen und seinen Systemen der Abfall-, Brennstoff- und Luftzufuhr besteht, sowie die Vorrichtungen und Geräte zur Kontrolle des Verbrennungsvorgangs und zur Aufzeichnung und Überwachung der Verbrennungsbedingungen.

(3) Der Ausdruck „Verbrennungs-ofen“ bezeichnet den Ofen, in dem die thermische Vernichtung der Abfälle erfolgt.

Regel 2
Anwendung

(1) Die Vertragsparteien erlauben keine Verbrennung von Stoffen und Gegenständen, für die es praktische Möglichkeiten der anderweitigen Behandlung, Beseitigung oder Vernichtung an Land gibt.

(2) Die derzeitige Praxis der Verbrennung auf See ist als Zwischenlösung für die Beseitigung von Abfällen anzusehen. Die Vertragsparteien werden die Weiterentwicklung anderer Methoden der Behandlung, Beseitigung oder Vernichtung an Land fördern.

(3) Die Kommission tritt vor dem 1. Januar 1990 zusammen, um einen endgültigen Zeitpunkt für die Beendigung von Verbrennungen auf See festzusetzen.

(4) Eine Verbrennungserlaubnis darf nur für folgende Stoffe oder Gegenstände ausgestellt werden:

- a) organische Halogenverbindungen;
- b) Schädlingsbekämpfungsmittel und ihre Nebenprodukte, die nicht organische Halogenverbindungen sind;
- c) Stoffe und Gegenstände, die nicht in den Anlagen I und II aufgeführt sind und ohne Schaden für die Meeresumwelt verbrannt werden können;
- d) Abfälle, welche die obengenannten Stoffe und Gegenstände enthalten, sofern diese Stoffe und Gegenstände den Abfällen nicht zum Zweck der Verbrennung dieser Abfälle beigefügt wurden und sofern die Abfälle nicht die in Anlage I Nummern 4 und 5 aufge-

paragraphs 4 and 5 of Annex I except when those substances occur as trace contaminants in waste to which they have not been added for the purpose of being incinerated.

5) In the issue of incineration permits the Contracting Parties shall apply the present Rules and shall take into account the applicable provisions of the Code of Practice for the Incineration of Wastes at Sea adopted by the Commission.

6) Incineration permit shall be issued for a period not exceeding two years. Permits may be renewed subject to the provisions of paragraph 1 of this Rule.

Rule 3

Approval and surveys of the incineration system

1) Any incineration system used for incineration at sea must be approved by a Contracting Party according to the procedures specified in this Rule.

2) For this purpose, the Contracting Party shall make an Initial Survey of the incineration system, or ensure that an Initial Survey has been completed by a Contracting Party, on the basis of the technical criteria contained in these Rules and taking into account the provisions of the Code of Practice.

3) The Initial Survey shall be carried out in order to:

- i) approve the siting, number, type and manner of use of the devices for measuring and recording the incinerator wall temperature;
- ii) approve the gas sampling system including probe locations, analytical devices and the manner of recording;
- iii) ensure that approved devices have been installed to automatically shut off the feed of waste to the incinerator if the temperature drops below approved minimum temperatures;
- iv) approve the siting, type and manner of use of devices by which feed rates and amounts of waste pumped to the incinerator are controlled and recorded;
- v) approve the results of tests on liquid organohalogen wastes, the characteristics of which are known, under intensive stack monitoring, including measurements of O₂, CO, CO₂,

stances énumérées aux paragraphes 4 et 5 de l'Annexe I, sauf lorsque ces substances sont présentées à l'état de polluants en trace dans les déchets auxquels elles n'ont pas été ajoutées pour leur incinération.

5) Lorsqu'elles délivrent un permis d'incinérer, les Parties Contractantes appliquent les présentes Règles et tiennent compte des dispositions applicables du Code Pratique sur l'Incinération de Déchets en Mer adopté par la Commission.

6) Les permis d'incinérer sont délivrés pour des périodes ne dépassant pas deux ans. Les permis peuvent être renouvelés, sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de la présente Règle.

Règle 3

Homologation et visites du système d'incinération

1) Tout système d'incinération utilisé pour l'incinération en mer devra être préalablement homologué par une Partie Contractante selon les procédures prévues par cette Règle.

2) Dans ce but, la Partie Contractante procède à une Visite Initiale du système d'incinération, ou s'assure qu'une Visite Initiale a été effectuée par une Partie Contractante sur la base des critères techniques figurant dans les présentes Règles et en tenant compte des dispositions du Code Pratique.

3) La Visite Initiale est effectuée en vue:

- i) d'approuver l'emplacement, le nombre, le type et le mode d'emploi des appareils de mesure et d'enregistrement de la température des parois de l'incinérateur;
- ii) d'approuver les dispositifs d'échantillonnage des gaz y compris l'emplacement des points de prélèvement et les systèmes d'analyse ainsi que les modalités d'enregistrement;
- iii) de s'assurer que des dispositifs approuvés ont été installés pour couper automatiquement l'arrivée des déchets dans l'incinérateur si la température tombe en-dessous d'un minimum convenu;
- iv) d'approuver l'emplacement, le type et le mode d'utilisation des dispositifs qui permettent de contrôler et d'enregistrer le taux d'alimentation et les quantités de déchets qui sont pompés vers l'incinérateur;
- v) d'approuver les résultats d'essais sur des déchets organohalogénés liquides, dont les caractéristiques sont connues sous surveillance continue et détaillée de la cheminée,

führten Stoffe enthalten, es sei denn, diese Stoffe sind als Spurenverunreinigungen in Abfällen enthalten, denen sie nicht zum Zweck der Verbrennung beigelegt wurden.

(5) Bei der Erteilung von Verbrennungserlaubnissen wenden die Vertragsparteien diese Regeln an und berücksichtigen die anwendbaren Bestimmungen des von der Kommission angenommenen Verfahrenscodes für die Verbrennung von Abfällen auf See.

(6) Verbrennungserlaubnisse werden für höchstens zwei Jahre erteilt; sie können vorbehaltlich des Absatzes 1 verlängert werden.

Regel 3

Genehmigung und Überprüfungen des Verbrennungssystems

(1) Jedes für eine Verbrennung auf See benutzte Verbrennungssystem bedarf der Genehmigung durch eine Vertragspartei nach Maßgabe der in dieser Regel festgelegten Verfahren.

(2) Zu diesem Zweck führt die Vertragspartei eine erste Überprüfung des Verbrennungssystems durch oder stellt sicher, daß die erste Überprüfung auf der Grundlage der in diesen Regeln enthaltenen technischen Kriterien und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Verfahrenscodes von einer Vertragspartei durchgeführt worden ist.

(3) Die erste Überprüfung wird durchgeführt,

- i) um Anordnung, Anzahl, Art und Anwendungsweise der Meß- und Aufzeichnungsgaräte für die Innenwandtemperatur des Verbrennungsofens zu genehmigen;
- ii) um das System der Gasprobenentnahme einschließlich der Sondenanordnung, der Analysegaräte und des Aufzeichnungsverfahrens zu genehmigen;
- iii) um sicherzustellen, daß zugelassene Garäte eingebaut sind, welche die Zufuhr von Abfällen zum Verbrennungsofen selbsttätig unterbrechen, wenn die Temperatur unter die zugelassenen Mindesttemperaturen sinkt;
- iv) um Anordnung, Art und Anwendungsweise der Garäte zu genehmigen, durch welche die Zufuhraten und Mengen der zum Verbrennungsofen gepumpten Abfälle reguliert und aufgezeichnet werden;
- v) um die Ergebnisse der unter genauer Überwachung der Abgase durchgeführten Versuche mit flüssigen halogenorganischen Abfällen, deren Eigenschaften bekannt sind, anzuer-

organohalogens and total hydrocarbons in the combustion gases;

y compris la mesure de l'O₂, du CO, du CO₂, des organohalogénés et des hydrocarbures totaux dans les gaz de combustion;

kennen; hierbei sind die Gehalte an O₂, CO, CO₂, an organischen Halogenverbindungen und der Gesamtkohlenwasserstoffgehalt in den Abgasen zu messen;

vi) ensure that during the incineration of wastes the combustion and destruction efficiencies shall exceed 99,9 %;

vi) de s'assurer qu'au cours de l'incinération des déchets, les taux combustion et de destruction dépassent 99,9 %;

vi) um sicherzustellen, daß während der Verbrennung von Abfällen der Wirkungsgrad der Verbrennung und Vernichtung mehr als 99,9 v. H. beträgt;

vii) approve the details of the mechanism for feeding and burning solid waste, if the facility is equipped for this purpose;

vii) d'approuver les détails du mécanisme d'alimentation et de combustion des déchets solides si l'installation est équipée à cet effet;

vii) um die Einzelheiten des Ablaufs für die Zufuhr und Verbrennung von festen Abfällen zu genehmigen, falls die Anlage für diesen Zweck ausgerüstet ist;

viii) approve the following systems, the installation of which shall be mandatory following a decision of the Commission:

viii) d'approuver les systèmes ci-après, dont l'installation deviendra obligatoire dès lors que la Commission aura pris une décision à cet effet:

viii) um folgende Systeme zu genehmigen, deren Einrichtung aufgrund eines von der Kommission zu fassenden Beschlusses verbindlich wird:

– a closed gauging system of the waste tanks;

– dispositif en circuit fermé de jaugage des réservoirs à déchets;

– eine geschlossene Inhaltsmeßanlage für die Abfalltanks;

– a tank overflow control system;

– dispositif de contrôle de débordement des réservoirs;

– ein Tanküberfüllsicherungssystem;

– equipment for the automatic recording of the data required under Rule 6.

– équipement d'enregistrement automatique selon les données précisées à la Règle 6.

– ein Gerät zur selbsttätigen Aufzeichnung der nach Regel 6 erforderlichen Angaben.

4) Following the completion of an Initial Survey, a Form of Approval shall be issued by the Contracting Party concerned if the incineration system is found to be in compliance with these Rules and takes account of the provisions of the Code of Practice. The period of validity of the Form of Approval shall not exceed two years.

4) Au terme de la Visite Initiale, la Partie Contractante concernée délivre un certificat d'homologation si le système d'incinération respecte les présentes Règles et tient compte des dispositions du Code Pratique. La durée de ce certificat d'homologation ne pourra excéder deux ans.

(4) Wird nach Abschluß der ersten Überprüfung festgestellt, daß das Verbrennungssystem diesen Regeln entspricht und die Bestimmungen des Verfahrenscodes berücksichtigt, so erteilt die betreffende Vertragspartei eine Zulassung. Ihre Gültigkeitsdauer beträgt höchstens zwei Jahre.

5) Periodic surveys, at least every two years, shall be the responsibility of the Contracting Party which conducted the Initial Survey, or of a Contracting Party responsible for issuing a permit for current operations in consultation with that Contracting Party, to ensure that the incineration system continues to comply with these Rules and continues to take account of the provisions of the Code of Practice. In the periodic survey, the operating data and maintenance records for the previous period shall be taken into account. If the incineration system still complies with these Rules and takes account of the provisions of the Code of Practice, the Contracting Party shall renew the Form of Approval for a further period not exceeding two years.

5) Des visites de contrôle périodiques doivent être effectuées au moins tous les deux ans, pour s'assurer que le système d'incinération continue d'être conforme aux présentes Règles et tient toujours compte des dispositions du Code Pratique. Ces visites sont effectuées sous la responsabilité de la Partie Contractante qui a procédé à la Visite Initiale, ou, en consultation avec celle-ci, de la Partie Contractante qui délivre un permis pour une opération en cours. Lors de la visite de contrôle périodique, il doit être tenu compte des données de fonctionnement et d'entretien se rapportant à la période écoulée. Si le système d'incinération continue d'être conforme aux présentes Règles et tient compte des dispositions du Code Pratique, la Partie Contractante renouvelle le Certificat d'homologation pour une nouvelle durée maximale de deux années.

(5) Es obliegt der Vertragspartei, welche die erste Überprüfung durchführte, oder in Konsultation mit dieser einer Vertragspartei, die für die Erteilung einer Erlaubnis für laufende Vorgänge verantwortlich ist, mindestens alle zwei Jahre regelmäßige Überprüfungen durchzuführen, um sicherzustellen, daß das Verbrennungssystem weiterhin diesen Regeln entspricht und die Bestimmungen des Verfahrenscodes berücksichtigt. Bei der regelmäßigen Überprüfung werden die Betriebsdaten und Wartungsunterlagen des vergangenen Zeitabschnitts berücksichtigt. Entspricht das Verbrennungssystem noch diesen Regeln und werden noch die Bestimmungen des Verfahrenscodes berücksichtigt, so verlängert die Vertragspartei die Zulassung um einen weiteren Zeitabschnitt von höchstens zwei Jahren.

6) After any survey has been completed, no changes which affect the performance of the incineration system shall be made without the approval of the Contracting Party which has issued or renewed the Form of Approval.

6) Après qu'une visite ait été effectuée, il ne doit être procédé à aucune modification du système d'incinération qui affecte les résultats de ce dernier sans l'approbation de la Partie Contractante qui a délivré, ou renouvelé, le Certificat d'homologation.

(6) Nach Abschluß einer Überprüfung dürfen ohne Genehmigung der Vertragspartei, welche die Zulassung erteilt oder verlängert hat, keine Änderungen durchgeführt werden, die sich auf die Leistung des Verbrennungssystems auswirken.

7) There shall be available on the marine incineration facility:

7) Doivent être disponibles à bord de l'installation d'incinération en mer:

(7) Auf der See-Verbrennungsanlage sind mitzuführen

– a copy of the Form of Approval and Survey Reports;

– une copie du certificat d'homologation et des rapports de visites;

– eine Abschrift der Zulassung und der Prüfberichte;

– a register containing the details of any changes affecting the performance of the incineration system, as mentioned in paragraph 6.

8) A Form of Approval issued by a Contracting Party shall be recognised by other Contracting Parties unless there are clear grounds for believing that the incineration system is not in compliance with these Rules. A copy of each Form of Approval and Survey Report shall be submitted to the Commission.

9) If the marine incineration facility is a vessel, Contracting Parties shall ascertain before issuing a Form of Approval that the vessel complies with the relevant provisions of the IMCO Code for the Construction and Equipment of Ships carrying Dangerous Chemicals in Bulk.

– un registre contenant le détail de tous les changements qui affectent les résultats du système d'incinération, ainsi qu'il est précisé au paragraphe 6.

8) Un certificat d'homologation délivré par une Partie Contractante est accepté par les autres Parties Contractantes, sauf lorsqu'il existe de fortes raisons de penser que le système d'incinération n'est pas conforme aux présentes Règles. Une copie de chaque certificat d'homologation et de chaque rapport de visite doit être adressée à la Commission.

9) Si l'installation d'incinération en mer est un navire, les Parties Contractantes, avant de délivrer un certificat d'homologation, s'assurent que ce navire est conforme aux dispositions pertinentes du Code de l'OMCI pour la construction des navires transporteurs de produits chimiques dangereux en vrac.

– eine Aufstellung mit ausführlichen Angaben der Änderungen, die sich auf die Leistung des Verbrennungssystems – wie in Absatz 6 angegeben – auswirken.

(8) Eine von einer Vertragspartei erteilte Zulassung wird von den anderen Vertragsparteien anerkannt, sofern nicht eindeutige Gründe für die Annahme vorliegen, daß das Verbrennungssystem diesen Regeln nicht entspricht. Eine Abschrift jeder Zulassung mit Prüfbericht wird der Kommission vorgelegt.

(9) Ist die See-Verbrennungsanlage ein Schiff, so überzeugen sich die Vertragsparteien vor Erteilung einer Zulassung davon, daß das Schiff den einschlägigen Bestimmungen des IMCO-Codes für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen, die gefährliche Chemikalien als Massengut befördern, entspricht.

Rule 4

Incineration permits and control over the nature of wastes for incineration

1) An incineration permit may be issued only for incineration operations to be performed on an approved marine incineration facility or for the purpose of an approval Survey.

2) Any application for an incineration permit to a Contracting Party must contain the justification for the recourse to incineration as required by Rule 2 paragraph 4 and all relevant information on the physical and chemical characteristics of the substances and materials proposed for incineration and especially information embodied in the Code of Practice.

3) A Contracting Party which proposes to permit the incineration of substances and materials produced outside its jurisdiction shall obtain from the competent authorities confirmation of the origin of the substances and materials and their suitability for incineration.

4) Copies of incineration permits issued by Contracting Parties shall be available on the marine incineration facility and the Commission shall be immediately notified, in accordance with the Notification Procedure referred to in Rule 10.

5) Where a Contracting Party has doubts as to the thermal destructibility of the substances and materials proposed for incineration, pilot scale tests shall be undertaken before a permit may be issued.

6) Where a Contracting Party proposes to permit incineration of substances and

Règle 4

Permis d'incinérer et contrôle de la nature des déchets à incinérer

1) Un permis d'incinérer ne peut être délivré que pour des opérations d'incinération devant être effectuées à bord d'une installation d'incinération en mer homologuée, ou dans le but d'effectuer la visite d'homologation.

2) Toute demande de permis d'incinérer formulée auprès d'une Partie Contractante doit être accompagnée de la justification du recours à l'incinération conformément à la Règle 2 paragraphe 4 et de tous les renseignements pertinents sur les caractéristiques physico-chimiques des déchets proposés à l'incinération et notamment comporter les informations prévues dans le Code Pratique.

3) Une Partie Contractante qui envisage d'autoriser l'incinération de substances et matériaux produits hors de sa juridiction, doit obtenir des autorités compétentes la confirmation de l'origine des substances et matériaux et du fait qu'ils se prêtent à l'incinération.

4) Une copie des permis d'incinérer délivrés par les Parties Contractantes doit être disponible à bord de l'installation d'incinération en mer et la Commission doit être immédiatement informée conformément à la Procédure de Notification prévue à la Règle 10.

5) Lorsqu'une Partie Contractante a des doutes quant à la destruction thermique des substances et matériaux ou autres matières que l'on se propose d'incinérer, des essais pilotes doivent être effectués avant qu'un permis ne soit délivré.

6) Lorsqu'une Partie Contractante envisage d'autoriser l'incinération de

Regel 4

Verbrennungserlaubnisse und Überwachung der Art der zu verbrennenden Abfälle

(1) Eine Verbrennungserlaubnis darf nur für Verbrennungsvorgänge auf einer zugelassenen See-Verbrennungsanlage oder zum Zweck einer Genehmigungsüberprüfung erteilt werden.

(2) Jeder bei einer Vertragspartei gestellte Antrag auf eine Verbrennungserlaubnis muß nach Maßgabe der Regel 2 Absatz 4 die Begründung für die Verbrennung und alle zweckdienlichen Angaben über die physikalischen und chemischen Eigenschaften der für die Verbrennung vorgesehenen Stoffe und Gegenstände enthalten, insbesondere die im Verfahrenscodex vorgesehenen Angaben.

(3) Bevor eine Vertragspartei eine Erlaubnis zur Verbrennung von Stoffen und Gegenständen erteilt, die außerhalb ihres Hoheitsbereichs erzeugt worden sind, erwirkt sie von den zuständigen Behörden den Ursprungsnachweis der Stoffe und Gegenstände und läßt sich bestätigen, daß sie verbrannt werden können.

(4) Abschriften der von einer Vertragspartei erteilten Verbrennungserlaubnisse sind auf der See-Verbrennungsanlage mitzuführen, und die Kommission ist entsprechend dem Benachrichtigungsverfahren nach Regel 10 sofort zu benachrichtigen.

(5) Bestehen bei einer Vertragspartei Zweifel hinsichtlich der thermischen Zerstörbarkeit der für die Verbrennung vorgesehenen Stoffe und Gegenstände, so werden größenordnungsmäßig vergleichbare Vorversuche durchgeführt, bevor eine Erlaubnis erteilt wird.

(6) Vor Erteilung einer Erlaubnis zur Verbrennung von Stoffen und Gegen-

materials which have been subject to pilot scale tests and over which doubts as to the efficiency of combustion remain, the incineration system shall be subject to the same intensive stack monitoring as required for the initial marine incineration system survey. Consideration shall be given to the sampling and analysis of particulates, taking into account the solid content of the substances and materials.

substances et matériaux ayant fait préalablement l'objet d'essais pilotes et pour lesquels il subsiste des doutes quant à leur taux de combustion, le système d'incinération doit être soumis à une surveillance continue et approfondie à la sortie, identique à celle prévue au titre de la Visite Initiale du système d'incinération en mer. L'échantillonnage et l'analyse des particules doivent être envisagés compte tenu de la quantité de particules solides contenues dans les substances et matériaux.

ständen, mit denen größenordnungsmäßig vergleichbare Vorversuche durchgeführt worden sind und bei denen Zweifel hinsichtlich des Wirkungsgrads der Verbrennung bestehen bleiben, wird die Vertragspartei das Verbrennungssystem derselben genauen Überwachung der Abgase unterziehen, die für die erste Überprüfung des Verbrennungssystems vorgeschrieben ist. Hierbei ist unter Berücksichtigung des Feststoffgehalts der Stoffe und Gegenstände zu erwägen, ob Proben von partikulären Substanzen zu nehmen und zu analysieren sind.

Rule 5

Facilities for incineration at sea: operation requirements

1) The operation of the incineration system shall be controlled so as to ensure that:

a) the normal operating wall temperature exceeds 1200 °C unless the results of tests on the marine incineration facility demonstrate that the required combustion and destruction efficiencies can be achieved at a lower temperature. In the latter case, the Commission shall be informed of the results of these tests;

b) the theoretical minimum residence time within the incinerator, for a wall temperature of 1200 °C, is of the order of one second;

c) the combustion efficiency based on:

Combustion efficiency

$$= \frac{C_{CO_2} - C_{CO}}{C_{CO_2}} \times 100$$

where:

C_{CO_2} = concentration of carbon dioxide in the combustion gases

C_{CO} = concentration of carbon monoxide in the combustion gases

shall be at least 99.9 %;

d) the destruction efficiency based on a determination of the amount of the organohalogen substances added to the furnace which is not destroyed shall be at least equal to the combustion efficiency of the incinerator, i. e. 99.9 %. The routine measurement of this parameter shall be mandatory only after adequate measuring devices become available and following a decision by the Commission.

2) There shall be no black smoke nor flame extension above the plane of the stack.

Règle 5

Conditions de fonctionnement des installations d'incinération en mer

1) Le fonctionnement du système d'incinération doit être contrôlé afin de s'assurer:

a) que les températures de paroi normales du fonctionnement dépassent 1 200 °C sauf si les résultats d'essais sur l'installation en mer montrent que les taux de combustion et de destruction requis peuvent être atteints à une température inférieure. Dans ce cas, la Commission est informée des résultats de ces essais;

b) que le temps de séjour minimum calculé des déchets dans l'incinérateur, correspondant à une température de paroi de 1 200 °C, est de l'ordre de la seconde;

c) que le taux de combustion obtenu par la formule suivante:

Taux de combustion

$$= \frac{C_{CO_2} - C_{CO}}{C_{CO_2}} \times 100$$

dans laquelle:

C_{CO_2} = concentration de l'oxyde de carbone dans les gaz de combustion

C_{CO} = concentration du monoxyde de carbone dans les gaz de combustion

soit d'au moins 99,9 %;

d) que le taux de destruction fondé sur la détermination de la quantité de substances organohalogénées introduites dans l'incinérateur et non détruites soit au moins égal au taux de combustion de l'incinérateur, soit 99,9 %. La mesure en routine de ce paramètre ne sera obligatoire que lorsque des appareils de mesure appropriés seront disponibles et après que la Commission aura pris une décision à ce sujet.

2) Il ne devrait pas y avoir de présence de fumée noire ou bien de flammes visibles à la sortie de l'incinérateur.

Regel 5

Betriebsvorschriften der See-Verbrennungsanlagen

(1) Der Betrieb des Verbrennungssystems wird überwacht, um sicherzustellen,

a) daß beim üblichen Betrieb die Innenwandtemperatur mehr als 1 200 °C beträgt, sofern nicht die Ergebnisse von Versuchen auf der See-Verbrennungsanlage zeigen, daß der erforderliche Wirkungsgrad der Verbrennung und Vernichtung bei niedrigerer Temperatur erreicht werden kann. In diesem Fall sind der Kommission die Ergebnisse dieser Versuche mitzuteilen;

b) daß die berechnete Mindestverweilzeit der Abfälle im Verbrennungsofen bei einer Innenwandtemperatur von 1 200 °C etwa eine Sekunde beträgt;

c) daß der Wirkungsgrad der Verbrennung mindestens 99,9 v. H. beträgt, wobei folgende Formel zugrunde gelegt wird:

Wirkungsgrad der Verbrennung

$$= \frac{C_{CO_2} - C_{CO}}{C_{CO_2}} \times 100;$$

dabei ist

C_{CO_2} = Konzentration von Kohlendioxid in den Abgasen,

C_{CO} = Konzentration von Kohlenmonoxyd in den Abgasen;

d) daß der Wirkungsgrad der Vernichtung der durch die Bestimmung der nicht vernichteten Menge der dem Ofen zugeführten halogenorganischen Stoffe ermittelt wird, mindestens dem Wirkungsgrad der Verbrennung des Verbrennungsofens, d. h. 99,9 v. H., entspricht. Die routinemäßige Messung dieses Kennwerts wird erst bei Vorhandensein geeigneter Meßgeräte und auf Beschluß der Kommission verbindlich.

(2) Oberhalb des Verbrennungsofens darf es keinen schwarzen Rauch und keine Flammenausbreitung geben.

Rule 6**Data to be recorded**

1) Marine incineration facilities shall utilise recording devices and methods as approved under Rule 3. As a minimum, the following data shall be recorded during each incineration operation and retained for inspection by the Contracting Party which has issued the permit:

- a) wall temperature measurements;
- b) date and time during incineration and record of substances and materials being incinerated;
- c) vessel position by appropriate navigational means;
- d) feed rates and amounts of substances and materials;
- e) O₂, CO and CO₂ concentration in combustion gases;
- f) vessel's course and speed.

2) Where more than one Contracting Party has issued a permit for one incineration operation, arrangements for review of the data shall be made among the Contracting Parties involved.

Rule 7**Disposal of wastes and their residues**

1) The Contracting Party which proposes to issue an incineration permit shall ensure that there are no means of disposing of wastes from the marine incineration facility except by means of the incinerator during normal operations.

2) Tank washings and other residues contaminated by the waste shall be incinerated at sea in accordance with these Rules and taking into account the provisions of the Code of Practice or discharged into port facilities in consultation with the competent national authorities.

3) Any solid residues remaining in the incinerator shall not be removed from the incinerator until the marine incineration facility can safely offload them on land for disposal.

Rule 8**Prior Consultation Procedure**

A Prior Consultation Procedure, to be determined by the Commission, shall be followed:

- a) when a Contracting Party intends to issue a permit for the incineration of

Règle 6**Données à enregistrer**

1) Les installations d'incinération en mer doivent utiliser des appareils et des méthodes d'enregistrement approuvés conformément à la Règle 3. Les données minimales ci-après doivent être enregistrées au cours de chaque opération et gardées aux fins d'inspection par la Partie Contractante qui a délivré le permis:

- a) mesure de la température de la paroi;
- b) date et heure de l'incinération et nature des substances et matériaux incinérés;
- c) position du navire obtenue par des moyens de navigation appropriés;
- d) taux d'alimentation et quantité des substances et matériaux;
- e) teneur des gaz de combustion en O₂, CO et CO₂;
- f) route et vitesse du navire.

2) Lorsqu'une même opération d'incinération a fait l'objet de permis d'incinérer délivrés par plusieurs Parties Contractantes, les Parties concernées s'entendent sur les modalités d'inspection des données enregistrées.

Règle 7**Elimination des déchets et de leurs résidus**

1) La Partie Contractante qui envisage de délivrer un permis d'incinérer doit s'assurer que, pendant les opérations normales d'incinération, il n'existe aucun moyen d'éliminer les déchets à partir de l'installation en mer autrement que par l'incinérateur.

2) Les résidus de nettoyage des citernes et autres formes de résidus contaminés par les déchets doivent être incinérés en mer conformément aux présentes Règles et en tenant compte des dispositions du Code Pratique, ou déchargés dans des installations portuaires en consultation avec les Autorités Nationales compétentes.

3) Les résidus solides restant dans l'incinérateur ne doivent pas être retirés de l'incinérateur avant que l'installation d'incinération en mer ne soit en mesure de les acheminer à terre en toute sécurité en vue de leur élimination.

Règle 8**Procédure de Consultation Préable**

Une procédure de consultation préalable, devant être définie par la Commission sera appliquée:

- a) si une Partie Contractante envisage de délivrer un permis d'incinérer

Regel 6**Aufzuzeichnende Angaben**

(1) Auf den See-Verbrennungsanlagen müssen die nach Regel 3 genehmigten Aufzeichnungsgeräte und -methoden verwendet werden. Während des Verbrennungsvorgangs müssen mindestens folgende Angaben aufgezeichnet und zur Überprüfung durch die Vertragspartei aufbewahrt werden, welche die Erlaubnis erteilt hat:

- a) Messungen der Innenwandtemperatur;
- b) Datum und Uhrzeit der Verbrennung mit Angaben über die verbrannten Stoffe und Gegenstände;
- c) Schiffsposition mit geeigneten Navigationsmitteln;
- d) Zufuhraten und Mengen von Stoffen und Gegenständen;
- e) die O₂-, CO- und CO₂-Konzentration in den Abgasen;
- f) Kurs und Geschwindigkeit des Schiffes.

(2) Haben mehrere Vertragsparteien eine Erlaubnis für einen Verbrennungsvorgang erteilt, so regeln die betreffenden Vertragsparteien die Überprüfung der Angaben untereinander.

Regel 7**Beseitigung von Abfällen und ihren Rückständen**

(1) Vor Erteilung einer Verbrennungserlaubnis stellt die Vertragspartei sicher, daß während der üblichen Verbrennungsvorgänge kein anderes Mittel der Beseitigung von Abfällen aus der See-Verbrennungsanlage vorhanden ist als der Verbrennungsofen.

(2) Tankwaschwasser und andere durch die Abfälle verunreinigte Rückstände werden nach Maßgabe dieser Regeln und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Verfahrensodes auf See verbrannt oder im Benehmen mit den zuständigen staatlichen Behörden in Hafenanlagen entladen.

(3) Im Verbrennungsofen zurückbleibende feste Rückstände dürfen erst dann aus dem Ofen entfernt werden, wenn die See-Verbrennungsanlage sie sicher an Land zur Beseitigung entladen kann.

Regel 8**Vorheriges Benachrichtigungsverfahren**

Ein von der Kommission festzulegendes vorheriges Benachrichtigungsverfahren ist anzuwenden,

- a) wenn eine Vertragspartei beabsichtigt, eine Erlaubnis zur Verbrennung

substances and materials mentioned in paragraph 4 (c) of Rule 2, except when these substances and materials have already been the subject of a Prior Consultation Procedure;

- b) when a Contracting Party considers that the incineration at sea of certain substances and materials with a destruction or a combustion efficiency of less than 99.9% is acceptable because there is no alternative means of disposal;
- c) when a Contracting Party proposing to issue an incineration permit has doubts as to the technical conditions in which the operation could take place and consequently considers it necessary to consult the other Contracting Parties to obtain additional information.

Rule 9

Incineration sites

1) Factors to be considered in establishing criteria governing the selection of incineration sites shall include, in addition to those listed in Annex III to the Convention, the following:

- a) the prevailing atmospheric dispersal characteristics of the area - including wind speed and direction, atmospheric stability, frequency of inversions and fog, precipitation types and amounts, relative humidity - in order to determine the potential impact on the surrounding environment of pollutants released from the marine incineration facility, giving particular attention to the possibility of atmospheric transport of pollutants in fishing grounds and coastal areas;
- b) oceanic dispersal characteristics at the site in order to evaluate the potential impact of plume interaction with the sea;
- c) availability of navigational aids;
- d) the possible presence of undersea cables or pipelines if the vessel is to anchor in the incineration area.

2) The Contracting Parties shall consult other interested Contracting Parties in the selection of an incineration site.

3) The Contracting Parties shall promote the establishment of common incineration sites.

4) The location of areas designated for the incineration of wastes should be

concernant les substances et matériaux mentionnés au paragraphe 4 (c) de la Règle 2, sauf lorsque ces substances et matériaux ont déjà fait l'objet d'une procédure de consultation préalable;

- b) lorsqu'une Partie Contractante estime que l'incinération en mer de certaines substances et matériaux avec un taux de destruction ou de combustion inférieur à 99,9 % est acceptable du fait de l'absence de moyens alternatifs d'élimination;
- c) si une Partie Contractante, qui envisage de délivrer un permis d'incinérer, éprouve un doute sur les conditions techniques dans lesquelles l'opération pourrait s'effectuer et, en conséquence, estime nécessaire de consulter les autres Parties Contractantes pour obtenir les informations complémentaires.

Règle 9

Sites d'incinération

1) Les critères qui régissent le choix des sites d'incinération sont déterminés par les facteurs ci-après, outre les considérations énumérées à l'Annexe III de la Convention:

- a) les caractéristiques dominantes de dispersion dans l'atmosphère du site - vitesse et direction des vents, stabilité atmosphérique, fréquence des inversions et des brouillards, types de précipitation et leur importance, humidité relative - de manière à déterminer l'incidence possible des polluants échappés de l'installation d'incinération en mer sur l'environnement immédiat, en accordant une attention particulière à l'éventualité du transport atmosphérique des polluants vers les zones de pêche et les zones côtières;
- b) les caractéristiques de dispersion océanique du site, de manière à évaluer les efforts possibles de l'interaction du panache avec la mer;
- c) l'existence d'aides à la navigation;
- d) la présence éventuelle de câbles sous-marins ou de conduites si le navire doit jeter l'ancre sur le site d'incinération.

2) Les Parties Contractantes consulteront les autres Parties Contractantes intéressées dans le choix d'un site d'incinération.

3) Les Parties Contractantes s'efforceront de définir des sites d'incinération communs.

4) L'emplacement des sites désignés pour l'incinération des déchets devrait

der in Regel 2 Absatz 4 Buchstabe c bezeichneten Stoffe und Gegenstände zu erteilen, es sei denn, diese Stoffe und Gegenstände wurden bereits in einem vorherigen Benachrichtigungsverfahren behandelt;

- b) wenn eine Vertragspartei der Auffassung ist, daß der Verbrennung bestimmter Stoffe und Gegenstände auf See mit einem Wirkungsgrad der Verbrennung oder Vernichtung von weniger als 99,9 v. H. wegen fehlender anderer Beseitigungsmöglichkeiten zugestimmt werden kann;
- c) wenn eine Vertragspartei vor Erteilung einer Verbrennungserlaubnis Zweifel hinsichtlich der technischen Bedingungen hat, unter denen der Vorgang stattfinden könnte, und es deshalb für notwendig hält, die anderen Vertragsparteien wegen zusätzlicher Angaben zu konsultieren.

Regel 9

Verbrennungsgebiete

(1) Bei der Aufstellung von Kriterien für die Auswahl von Verbrennungsgebieten sind außer den in Anlage III des Übereinkommens aufgeführten Faktoren folgende zu berücksichtigen:

- a) zur Bestimmung des möglichen Einflusses der aus der See-Verbrennungsanlage freigesetzten Schmutzstoffe auf die unmittelbare Umwelt die vorherrschenden Ausbreitungseigenschaften in der Atmosphäre in dem Gebiet - einschließlich Windgeschwindigkeit und -richtung, Stabilität der Atmosphäre, Häufigkeit von Inversionen und Nebel, Art und Menge der Niederschläge, relative Feuchtigkeit -, wobei die Möglichkeit, daß Schmutzstoffe durch die Atmosphäre in Fischgründe und Küstengebiete getragen werden, besonders zu berücksichtigen ist;
- b) zur Beurteilung des möglichen Einflusses der Wechselwirkung zwischen Abgasfahne und Meer die Ausbreitungseigenschaften des Meeres in dem Gebiet;
- c) das Vorhandensein von Navigationshilfen;
- d) das mögliche Vorhandensein unterseeischer Kabel oder Rohrleitungen, falls das Schiff in dem Verbrennungsgebiet ankern soll.

(2) Die Vertragsparteien konsultieren andere beteiligte Vertragsparteien bei der Auswahl eines Verbrennungsgebiets.

(3) Die Vertragsparteien fördern die Festlegung gemeinsamer Verbrennungsgebiete.

(4) Die Lage der für die Verbrennung von Abfällen festgelegten Gebiete soll all-

widely disseminated and communicated to the Commission.

5) The marine incineration facility shall reply promptly to radio calls at all times during the incineration.

Rule 10**Notification**

The Contracting Parties shall comply with notification procedures adopted by the Commission.

être diffusé largement et communiqué à la Commission.

5) L'installation d'incinération en mer doit en permanence répondre sans tarder aux appels radio-électriques lancés pendant l'opération d'incinération.

Règle 10**Notification**

Les Parties Contractantes doivent observer les procédures de notification adoptées par la Commission.

gemein bekanntgemacht und der Kommission mitgeteilt werden.

(5) Die See-Verbrennungsanlage muß während der Verbrennung jederzeit sofort auf Funksprüche antworten.

Regel 10**Benachrichtigung**

Die Vertragsparteien halten die von der Kommission beschlossenen Benachrichtigungsverfahren ein.

Denkschrift zu dem Protokoll

I. Allgemeines

Das Oslo-Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 15. Februar 1972 (im folgenden Übereinkommen genannt) ist Teilstück der seit Jahren intensiv betriebenen Bemühungen um einen Schutz der Meeresumwelt vor Verschmutzungen. Nach Artikel 1 des Übereinkommens haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Meeresverschmutzung durch Stoffe zu verhüten, welche die menschliche Gesundheit gefährden, die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen, die Annehmlichkeit der Umwelt beeinträchtigen oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern können.

Die nach dem Übereinkommen eingesetzte Oslo-Kommission hat auf ihrer 7. Sitzung vom 10. bis 12. Juni 1981 beschlossen, in dem Übereinkommen die Verbrennung von Abfallstoffen auf See zu regeln. Anlaß hierzu war, daß das Übereinkommen – im Gegensatz zum deutschen Vertragsgesetz vom 11. Februar 1977 – keine Regelung über die Verbrennung von Abfällen und sonstigen Stoffen auf See enthält. Diese Lücke wird durch das Ergänzungsprotokoll zum Übereinkommen und die neue Anlage IV mit der Bezeichnung „Regeln über die Verbrennung auf See“ geschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Protokoll am 2. März 1983 gezeichnet.

Durch das Ergänzungsprotokoll und die neue Anlage IV wird sichergestellt, daß die Verbrennung anderer als in der Anlage IV aufgeführten Stoffe verboten ist. Erlaubte Stoffe dürfen nur mit einer für jeden Einzelfall zu erteilenden Sondererlaubnis der staatlichen Behörden verbrannt werden.

Die neue Anlage IV regelt außerdem die Prüfung, Zulassung, Wiederholungsprüfung und Kontrolle der Verbrennungsanlagen.

Die derzeitige Praxis der Verbrennung auf See ist als Zwischenlösung für die Beseitigung von Abfällen anzusehen. Die Vertragsparteien werden deshalb die Weiterentwicklung anderer Methoden der Behandlung und Beseitigung oder Vernichtung von Abfallstoffen an Land fördern. Noch vor dem 1. Januar 1990 wird die Kommission des Übereinkommens zusammentreten, um einen endgültigen Zeitpunkt für die Beendigung der Seeverbrennung festzusetzen (vgl. Regel 2 Absätze 2 und 3 der Anlage IV). Nach dem derzeitigen Stand der Technik und in Anbetracht der strengen Vorschriften und Kontrollen, der die Verbrennungsanlagen und ihr Betrieb unterliegen, wird die Seeverbrennung als mögliche Methode zur Beseitigung von Abfallstoffen noch zugelassen. Durch die Verbrennung auf See wird der Vorrang der Landbeseitigung von Abfallstoffen nicht aufgehoben (vgl. Regel 2 Absatz 1 der Anlage IV). Dies bedeutet, daß die Verbrennung auf See nur erlaubt werden kann, wenn eine Beseitigung des Abfalls an Land nicht ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist.

II. Besonderes

A: Protokoll zur Änderung des Übereinkommens

Zu Artikel I

Durch diesen Artikel wurden die Begriffsbestimmungen des Artikels 19 des Übereinkommens geändert. „Einbringen“ (dumping) bezeichnet danach jede vorsätzliche Beseitigung – einschließlich durch Verbrennung auf See – von Stoffen und Gegenständen ins Meer durch Schiffe oder Luftfahrzeuge. Der neu eingefügte Absatz 2 definiert den Ausdruck „Verbrennung“, worunter das vorsätzliche Verbrennen von Stoffen und Gegenständen auf See zum Zwecke ihrer thermischen Vernichtung zu verstehen ist.

Zu Artikel II

Durch Artikel II wird dem Artikel 8 des Übereinkommens ein neuer Absatz 3 angefügt. Dieser Artikel bestimmt, daß für die Verbrennung auf See nicht die allgemeinen Einbringungsregeln der Artikel 5, 6 und 7 des Übereinkommens gelten, sondern daß nur die in der neuen Anlage IV (Regel 2 Absatz 4) genannten Stoffe mit einer für jeden Einzelfall zu erteilenden Sondererlaubnis der zuständigen innerstaatlichen Behörde verbrannt werden dürfen. Die Verbrennung anderer als der in Anlage IV aufgeführten Stoffe ist verboten.

Zu Artikel III

Durch diesen Artikel wird Artikel 22 des Übereinkommens dahingehend ergänzt, daß das Übereinkommen in der Fassung dieses Protokolls zum Beitritt aufliegt.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel fügt dem Übereinkommen die neue Anlage IV betr. die Regeln über die Verbrennung auf See an.

Zu Artikel V

Die Bundesrepublik hat das Protokoll am 2. März 1983 gezeichnet.

Zu Artikel VI

Artikel VI bestimmt, daß das Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung bedarf, und enthält die üblichen Bestimmungen über die Hinterlegung dieser Urkunden.

Zu Artikel VII

Staaten, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben, können dem Protokoll beitreten.

Zu Artikel VIII

Das Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tage in Kraft, an dem alle Staaten, die am 2. März 1983 Vertragsparteien des Übereinkommens waren, ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-

oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Bislang ist das Protokoll von Norwegen, Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Irland ratifiziert worden. Zu seinem Inkrafttreten sind 13 Ratifikationen erforderlich.

Zu Artikel IX

Dieser Artikel regelt das übliche Unterrichtsverfahren der Vertragsparteien durch die Verwahrregierung (Norwegen).

Zu Artikel X

Artikel X enthält die üblichen Bestimmungen über die Hinterlegung, die Vertragssprachen und die Übermittlung von Abschriften des Protokolls.

B: Anlage IV: Regeln über die Verbrennung auf See

Zu Regel 1

Diese Regel betrifft Begriffsbestimmungen. Nach Absatz 1 ist eine „See-Verbrennungsanlage“ ein Schiff im Sinne des Artikel 19 des Übereinkommens, das zur Verbrennung auf See eingesetzt wird. Danach sind z. B. alle seegehenden Wasserfahrzeuge, aber auch feste oder schwimmende Plattformen, die zur Verbrennung auf See eingesetzt werden, See-Verbrennungsanlagen.

Absatz 2 definiert den Ausdruck „Verbrennungssystem“. Hierunter sind der gesamte Verbrennungsofen sowie die Vorrichtungen zur Steuerung des Verbrennungsvorgangs und zur Aufzeichnung und Überwachung der Verbrennungsbedingungen zu verstehen.

In Absatz 3 wird der „Verbrennungsofen“ definiert als Ort, in dem die thermische Vernichtung der Abfälle erfolgt.

Zu Regel 2

Diese Regel legt zunächst einen Vorrang der Landbeseitigung fest, d. h., daß die Vertragsparteien keine Verbrennung von Stoffen erlauben, für die es praktikable Möglichkeiten der anderweitigen Behandlung, Beseitigung oder Vernichtung an Land gibt.

In den Absätzen 2 und 3 wird festgelegt, daß die derzeit praktizierte Seeverbrennung nur als Zwischenlösung der Abfallbeseitigung angesehen wird, daß die Vertragsparteien andere Beseitigungsmethoden an Land fördern und daß die Kommission noch vor dem 1. Januar 1990 zusammentritt, um einen endgültigen Zeitpunkt für die Beendigung der Seeverbrennung festzusetzen.

Absatz 4 zählt die Stoffe auf, für die eine Verbrennungserlaubnis erteilt werden darf. Es sind dies im einzelnen: Organische Halogenverbindungen, Schädlingsbekämpfungsmittel und ihre Nebenprodukte sowie in den Anlagen I und II nicht aufgeführte Stoffe, die ohne Schaden für die Meeresumwelt verbrannt werden können. Auch für Abfälle, welche Stoffe der Anlagen I und II enthalten, dürfen Verbrennungserlaubnisse erteilt werden, wenn diese Stoffe den Abfällen nicht zum Zwecke der Verbrennung beigefügt wurden und diese Abfälle keine Quecksilber/Quecksilberverbindungen und Cadmium/Cadmiumverbindungen enthalten. Wenn Quecksilber und Cadmium sowie deren Verbindungen nur als Spurenverunreinigung in den Abfällen enthalten sind und diesen nicht zum Zwecke der Verbrennung beige-

fügt wurden, dürfen für solche Abfälle ebenfalls Verbrennungserlaubnisse erteilt werden.

Die Absätze 5 und 6 bestimmen, daß die Vertragsparteien bei der Erteilung von Erlaubnissen diese Regeln und die von der Kommission angenommenen Richtlinien zur Verbrennung von Abfällen berücksichtigen. Verbrennungserlaubnisse werden höchstens für zwei Jahre erteilt; sie können, wenn eine Landbeseitigung nicht möglich ist, verlängert werden.

Zur Regel 3

Jedes auf See benutzte Verbrennungssystem bedarf der Genehmigung durch eine Vertragspartei. Im Rahmen einer ersten Überprüfung hat die betreffende Vertragspartei die für die Verbrennung und die Überwachung erforderlichen technischen Vorrichtungen und Methoden zu genehmigen. Dabei ist sicherzustellen, daß der Wirkungsgrad der Verbrennung und Vernichtung mehr als 99,9 v. H. beträgt. Entspricht das Verbrennungssystem nach Abschluß der ersten Überprüfung diesen Regeln, so erteilt die Vertragspartei eine Zulassung für höchstens 2 Jahre. Das Verbrennungssystem wird mindestens alle 2 Jahre überprüft, um sicherzustellen, daß es diesen Regeln weiterhin genügt. Ist dies der Fall, so ist eine Verlängerung der Zulassung um weitere zwei Jahre möglich. Nachträgliche Änderungen, die sich auf die Leistung des Verbrennungssystems auswirken können, dürfen ohne Genehmigungen nicht durchgeführt werden.

Abschriften der Zulassung und Prüfberichte sowie eine Aufstellung der sich auf die Leistung des Verbrennungssystems auswirkenden Änderungen sind auf der Verbrennungsanlage mitzuführen.

Die von einer Vertragspartei erteilte Zulassung ist von den anderen Vertragsparteien anzuerkennen, sofern nicht ein eindeutiger Anlaß zur Annahme besteht, daß das Verbrennungssystem diesen Regeln nicht entspricht.

Schiffe als Seeverbrennungsanlagen müssen die einschlägigen Bestimmungen des IMCO- (jetzt: IMO-) Codes für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur Beförderung gefährlicher Chemikalien als Massengut erfüllen.

Zu Regel 4

Eine Verbrennungserlaubnis darf nur für Verbrennungen auf einer zugelassenen Seeverbrennungsanlage oder zum Zweck ihrer Überprüfung erteilt werden. Jeder Antrag auf eine Erlaubnis muß Angaben über die physikalischen und chemischen Eigenschaften der zu verbrennenden Stoffe und Gegenstände enthalten. Bei außerhalb ihres Hoheitsgebiets erzeugten Stoffen holt die betreffende Vertragspartei einen Ursprungsnachweis ein und die Bestätigung, daß die Abfälle verbrannt werden können.

Wenn Zweifel an der thermischen Zerstörbarkeit der für die Verbrennung vorgesehenen Materialien besteht, sind besondere Voruntersuchungen durchzuführen. Bleiben auch danach die Zweifel bestehen, sind Untersuchungen vorgeschrieben, die der ersten Überprüfung des Verbrennungssystems (Regel 3 Absatz 3) entsprechen.

Zu Regel 5

Nach den in dieser Regel enthaltenen Betriebsvorschriften muß die Innenwandtemperatur des Ofens beim üblichen Betrieb mehr als 1 200 °C betragen, sofern nicht anhand von Versuchen nachgewiesen wird, daß der erforderliche Wirkungsgrad auch bei niedrigeren Temperaturen erreicht wird. Die Mindestverweilzeit der Abfälle im Ofen muß bei der vorgeschriebenen Innenwandtemperatur etwa 1 Sekunde betragen. Der Wirkungsgrad der Verbrennung und Vernichtung muß 99,9 v. H. betragen. Es darf keinen schwarzen Rauch und keine Flammenausbreitung oberhalb des Verbrennungsofens geben.

Zu Regel 6

Regel 6 bestimmt, daß auf Seeverbrennungsanlagen die nach Regel 3 genehmigten Aufzeichnungsgeräte und -methoden verwendet werden und Mindestaufzeichnungen (z. B. über Innenwandtemperatur, Zufuhrdaten von Abfällen, O₂-, CO- und CO₂-Konzentration in den Abgasen, Schiffsdaten) durchgeführt werden müssen. Diese Daten werden durch die Vertragspartei überprüft. Sind mehrere Vertragsparteien am Erlaubnisverfahren beteiligt, so regeln die Vertragsparteien die Überprüfung der Angaben untereinander.

Zu Regel 7

Vor Erteilung einer Verbrennungserlaubnis muß sichergestellt sein, daß während des Verbrennungsvorgangs nur der Verbrennungsofen als Abfallbeseitigungsmittel vorhanden ist. Tankwaschwasser und andere verunreinigte Rückstände müssen nach diesen Regeln verbrannt oder in Hafenanlagen entladen werden. Feste Rückstände im Verbrennungsofen dürfen erst entfernt werden, wenn sie sicher an Land entladen werden können.

Zu Regel 8

Nach dieser Bestimmung ist ein von der Kommission festzulegendes vorheriges Benachrichtigungsverfahren anzuwenden,

- wenn eine Vertragspartei eine Erlaubnis zur Verbrennung von in den Anlagen I und II nicht aufgeführten Stoffen, die ohne Schaden für die Meeresumwelt verbrannt werden können, erteilen will (es sei denn, diese Stoffe wurden bereits in einem solchen Verfahren behandelt),
 - wenn nach Auffassung einer Vertragspartei wegen fehlender anderer Beseitigungsmöglichkeiten der Wirkungsgrad der Verbrennung oder Vernichtung weniger als 99,9 v. H. betragen kann.
- und
- wenn eine Vertragspartei Zweifel hinsichtlich der technischen Bedingungen eines Verbrennungsvorganges hat.

Zu Regel 9

Während für die Abfallbeseitigung im Meer (nach Anlage III des Übereinkommens) auf bestimmte biologische und geographische Gegebenheiten des Meerwassers im Einbringungsgebiet abgestellt wird, ist nach Regel 9 bei der Auswahl der Kriterien für Verbrennungsgebiete ergänzend dazu die Ausbreitung in der Atmosphäre und ein möglicher Einfluß auf Fischgründe und Küstengebiete zu berücksichtigen.

Zu berücksichtigen sind ferner das Vorhandensein von Navigationshilfen und unterseeischer Kabel- oder Rohrleitungen, falls das Verbrennungsschiff ankern soll.

Die Vertragsparteien konsultieren andere Vertragsparteien bei der Wahl von Verbrennungsgebieten und fördern die Festlegung gemeinsamer Gebiete. Die Lage festgelegter Verbrennungsgebiete soll bekanntgemacht und der Organisation mitgeteilt werden. Während des Betriebes muß die Verbrennungsanlage jederzeit auf Funksprüche antworten.

Zu Regel 10

Nach dieser Regel haben die Vertragsparteien die von der Kommission beschlossenen Benachrichtigungsverfahren einzuhalten.

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 2. März 1983
zur Änderung des Übereinkommens zur Verhütung der Meeres-
verschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luft-
fahrzeuge

Der Bundesrat hat in seiner 553. Sitzung am 5. Juli 1985
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu
dem Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.